

**Eckpunkte**  
**für ein sozial gerechtes**  
**und leistungsfähiges Bildungssystem**

Papier des „Forum Bildung“  
Berlin, 20. November 2006

**Vorsitzende des Forum Bildung:**

Doris Ahnen

Ulla Burchardt

Christoph Matschie

## I. Bildung in der globalen Wissensgesellschaft

Die hoch entwickelten Staaten wandeln sich seit geraumer Zeit immer stärker von Industrie- in Wissensgesellschaften. Die internationale Verflechtung nimmt enorm zu. Auf diese Weise entsteht eine globale Wissensgesellschaft.

Sowohl die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen als auch die Perspektiven von Staaten und Regionen hängen entscheidend von der Qualität der jeweiligen Bildungssysteme ab. Bildung wird deshalb zum Schlüsselthema des 21. Jahrhunderts.

Bildung ist der entscheidende Schlüssel für den Zugang zu Erwerbsarbeit und für die Innovationsfähigkeit von Unternehmen. Unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft stellt sich damit auch die Frage von Teilhabe und Chancengleichheit in der Gesellschaft neu. Optimale Bildungsmöglichkeiten sind heute eine entscheidende Voraussetzung, um Menschen gleiche Chancen zu ermöglichen. Dabei wird das Ziel, Schulabschlüsse zu sichern immer wichtiger. Hinzu kommt die Garantie von lebenslangen Lernchancen ebenso wie die optimale Förderung des Einzelnen.

Bildung ist in der globalen Wissensgesellschaft zugleich eine zentrale Voraussetzung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Allgemeines, politisches und kulturelles Lernen vermittelt den Menschen Grundorientierungen und Kompetenzen, damit sie den politischen und gesellschaftlichen Wandel in einer komplexer werdenden Gesellschaft aktiv mitgestalten können. Es befähigt zum bürgerschaftlichen Engagement, ohne das viele Aufgaben der heutigen Gesellschaft nicht mehr leistbar sind. Bildung und Erziehung versetzen die Einzelnen in die Lage, ihr Leben selbst bestimmt zu führen und ihren Beitrag für ein gedeihliches Miteinander in der Gesellschaft zu leisten.

Bildung ist somit ein zentraler Schlüssel

- für die gesellschaftliche Integration, die Teilhabe und den sozialen Aufstieg des Einzelnen,
- für die ökonomische Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland,
- für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft.

Bildungspolitik muss damit mehr denn je zur Gesellschaftspolitik werden.

### Die Anforderungen im Arbeitsleben steigen

Deutschland hat sich im Rahmen der globalen Arbeitsteilung auf die Produktion von Industriegütern spezialisiert und erreicht im industriellen Sektor noch immer ein höheres Beschäftigungsniveau als die meisten vergleichbaren Länder. Aber der Strukturwandel hin zu Dienstleistungen ist unaufhaltsam. Mit der sektoralen Gewichtsverschiebung geht eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten einher. Im Dienstleistungssektor ist der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten mit 18,4 Prozent fast doppelt so hoch wie in der Industrie.

Für die Entwicklung des Arbeitsmarktes bedeutet dies, dass sich die Nachfrage nach solchen Erwerbstätigen erhöhen wird, die in Hochschulen, in hoch qualifizierten Bereichen des dualen Systems oder in anspruchsvollen Bildungsgängen der beruflichen

Vollzeitschulen ausgebildet werden, während die Nachfrage nach wenig qualifizierten Arbeitskräften weiter sinken wird. So prognostiziert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB einen zunehmenden Bedarf an Akademikerinnen und Akademikern, der sich von 14,1 Prozent der Gesamtbeschäftigten in 1995 auf 17,1 Prozent in 2010 steigern wird. Gleichzeitig wird der Anteil gering qualifizierter Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung von 16,7 Prozent in 1995 auf 11,4 Prozent im Jahr 2010 sinken – dies entspricht einem Verlust von 1,5 Mio. entsprechenden Arbeitsplätzen.

Damit beschleunigt der Prozess der Globalisierung eine Entwicklung, die seit der Verknüpfung von Industrialisierung und Internationalisierung im Gang ist: Der Gesellschaft geht nicht die Erwerbsarbeit an sich aus, wohl aber wird ihr Bedarf an einfacher Erwerbsarbeit geringer.

### **Der demografische Wandel erhöht den Qualifikationsdruck**

Der demografische Wandel wird sich in den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten vor allem durch eine deutliche Strukturveränderung zwischen Jung und Alt, zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen bemerkbar machen. Die gesamtwirtschaftliche Erwerbsquote – die Anzahl der Erwerbstätigen bezogen auf die Gesamtbevölkerung – wird deutlich sinken, weil ab 2010 die Jahrgänge, die in das Berufsleben eintreten, kleiner werden und gleichzeitig die geburtenstarken Jahrgänge ab ca. 2015 in Rente gehen.

Die Belegschaften der Unternehmen werden deutlich altern. Die Produktivität und Innovationskraft der Wirtschaft werden in Zukunft mehr von den älteren Beschäftigten abhängen.

Unter diesen Bedingungen wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben und die sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig zu erhalten, ist eine enorme Herausforderung für unser Land. Die geringere Zahl an Erwerbstätigen muss deutlich besser ausgebildet und qualifiziert sein, um diese Herausforderung zu bewältigen. Die Bedeutung von Weiterbildung über die gesamte Berufsbiographie hinweg wird weiter steigen.

### **Migration hält an**

Vieles spricht dafür, dass die hoch entwickelten Länder der Welt auf absehbare Zeit Ziel weltweiter Migrationsbewegungen bleiben werden und dass die Bevölkerungen dieser Länder zunehmend multiethnischer zusammengesetzt sein werden.

Einwanderung ist Chance und Herausforderung für unsere Gesellschaft zugleich: Durch Einwanderung „verjüngt“ sich die Bevölkerung. Menschen wandern zumeist in recht jungem Alter, und in Migrantenfamilien wachsen oft mehr Kinder auf als in deutschen Familien. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stammt fast jedes vierte Schulkind in Deutschland aus einer Einwandererfamilie.

Das Bildungssystem in allen seinen Formen und Stufen spielt bei der Integration der Zugewanderten eine herausragende Rolle, denn es muss die Voraussetzungen für gelingende Integration schaffen, sprachlich wie kulturell.

In besonderer Weise im Alltag präsent sind die Einflüsse der Zuwanderung auf die sprachliche und kulturelle Gestalt der deutschen Gesellschaft. Sprachenvielfalt und kulturelle Pluralität, die durch Zuwanderung beschleunigt werden, sind deshalb für die Sozialisation und Entwicklung, für Bildung und Lernen aller hier lebenden Kinder und Jugendlichen bedeutsam und nicht nur für die Gewanderten selbst.

Ethnisch-kulturelle und sprachliche Pluralität ist für viele Menschen, auch für viele junge Menschen, nicht einfach zu bewältigen. Feindlichkeit und Gewalt gegen Fremde flammen immer wieder auf, und die Abgrenzung voneinander ist nicht selten eine Reaktion auf wechselseitiges Nichtverstehen.

In Erziehung und Bildung, vom Kindergarten bis hin zu Weiterbildungsangeboten, müssen Kinder und Jugendliche, aber auch die erwachsenen Mitglieder der deutschen Gesellschaft die Chance erhalten, interkulturelle Kompetenz zu entwickeln und zu vervollkommen – also die Fähigkeiten dazu, Verschiedenheit auszuhalten, offen für und neugierig auf Unbekanntes zu sein, sich in mehr als einer Sprache verständigen zu können, Konflikte ohne Gewalt zu bewältigen und dem Anderen mit Anerkennung zu begegnen.

### **Deutschland fit machen für die Wissensgesellschaft**

Wie immer man die ökonomische Entwicklung einschätzt, eines ist gewiss: Die Gesellschaft der Zukunft ist eine Wissensgesellschaft. Das heißt, dass

- in der wissensbasierten Volkswirtschaft das Wissen der entscheidende Produktionsfaktor ist,
- Produktion sich um das Wissen dreht,
- Wachstum nicht mehr durch Ausweitung der materiellen Produktion, sondern durch die Akkumulation von Wissen entsteht, und
- Wissen immer mehr aus der Wissenschaft und weniger aus der Alltagserfahrung kommt.

Wir müssen deshalb das deutsche Bildungssystem für die Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft fit machen. Bisherige Analysen – von PISA über den Bildungsbericht von Bund und Ländern bis hin zu Untersuchungen von Wirtschaftsforschungsinstituten – zeigen deutliche Defizite unserer heutigen Bildungslandschaft.

Das deutsche Bildungssystem verstärkt die Tendenz zu sozialer Spaltung. Das Bildungsniveau insgesamt stagniert und die Ausleseverluste sind die größten im OECD-Bereich. Zu große Teile der Bevölkerung bleiben von Bildung und dem Prozess lebenslangen Lernens ausgeschlossen. Deutschland schöpft seine Bildungspotenziale nicht aus:

- **Funktionaler Analphabetismus:** Nach Schätzungen des Bundesverbandes Alphabetisierung leben in Deutschland vier Millionen Menschen, die nicht gut genug lesen und schreiben können, um in Alltag und Beruf zurechtzukommen.
- **Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher / fehlende Ausbildungsabschlüsse:** Jahr für Jahr verlassen 10 Prozent aller Jugendlichen in Deutschland die Schule ohne einen Schulabschluss, unter den Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft ist es jeder fünfte. Rund 15 Prozent der 20- bis 29-Jährigen haben heute keine Ausbildung, unter ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt der Anteil sogar bei 35 Prozent. Mehr als ein Viertel aller Studierenden bricht das Studium vor dem Abschluss ab.
- **Soziale Auslese:** In kaum einem anderen europäischen Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland.

Während drei Viertel der Kinder von Eltern mit Abitur die Hochschulreife erlangen, sind es bei Kindern, deren Eltern kein Abitur haben, nur ein Viertel. Die in unserem Bildungssystem früh angelegte soziale Auslese zieht sich bis in den Bereich der Weiterbildung durch: Von den Menschen mit niedriger schulischer oder beruflicher Bildung nimmt nur jeder fünfte an Weiterbildung teil, dagegen über 60 Prozent der Hochqualifizierten. Gleichzeitig ist eine hohe Weiterbildungsabstinenz von Migrantinnen und Migranten zu beobachten. Nur 18 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer nimmt an Weiterbildung teil (ein Großteil davon an Sprachkursen). Dem stehen rund 30 Prozent der Deutschen zwischen 19 und 64 Jahren gegenüber.

### **Auf dem Weg in die globale Wissensgesellschaft niemanden zurücklassen**

Zwar besteht Gewissheit darüber, dass wir uns auf dem Weg in die globale Wissensgesellschaft befinden. Nicht so gewiss ist jedoch, wie sich diese Wissensgesellschaft im Einzelnen weiter entwickeln wird.

Vorstellbar sind prinzipiell zwei Wege: Erleben wir eine zunehmende Spaltung in eine kleine alles dominierende Wissenselite und eine große Gruppe mäßig und schlecht Ausgebildeter oder gelingt es, den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung hervorragend auszubilden und alle durch Bildung zu integrieren?

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kann nur der zweite Weg in Frage kommen. Er verspricht nicht nur wirtschaftlichen Erfolg, sondern ist auch der einzige, der sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Stabilität garantiert.

„Wissen ist im Überfluss vorhanden, aber die Fähigkeit es zu nutzen, ist knapp“, so die Soziologie. Demnach ist die Nutzung von Wissen nicht unwichtiger als die Produktion von Wissen. Wirtschaftlich erfolgreich sind nicht die Unternehmen, die am schnellsten neuestes Wissen erzeugen können, sondern diejenigen, die Wissen rasch in neue Produkte umsetzen und diese am Markt einführen, oder diejenigen, die Wissen rasch in neue Prozesse umsetzen und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern können. Die einschlägige Erfahrung zeigt, dass die rasche Umsetzung von Wissen qualifizierte Arbeit auch und gerade in der Werkstatt und im Betrieb erfordert.

Gefragt ist also in der wissensbasierten Volkswirtschaft nicht Wissensarbeit, die einseitig auf die Produktion von (natur)wissenschaftlich-technischem Wissen abgestellt ist, sondern Wissensarbeit, die über die ganze Wertschöpfungskette Theorie- und Faktenwissen, Prozesswissen, Erfahrungswissen und soziales Wissen systematisch und intensiv nutzt. So gibt es z.B. zunehmend Firmen, bei denen das Reparatur- und Wartungspersonal beim Entwurf neuer Modelle beteiligt ist. Das ergibt lange Wissens-Nutzungs-Ketten.

Wissensarbeit beschränkt sich deshalb nicht auf relativ wenige gut ausgebildete, insbesondere wissenschaftlich ausgebildete Arbeitskräfte, sondern prägt die Arbeit auf fast allen Ebenen.

Für das Forum Bildung hat deshalb der Weg in die Wissensgesellschaft zwei für die Bildung ganz entscheidende Implikationen:

- Erstens, das Bildungssystem muss qualifizierte Bildung in der Breite mit exzellenter Bildung in der Spitze verknüpfen.
- Es muss zweitens in der Lage sein, Menschen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen entsprechend ihren spezifischen Fähigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und Erfahrungen auszubilden.

Daraus folgt die Notwendigkeit, eine Architektur des lebenslangen Lernens zu entwerfen, deren Fundament eine gute frühe Förderung und Schulbildung, eine solide Berufsausbildung und Hochschulbildung ist, die Durchlässigkeit zwischen allen Bildungsebenen schafft, ständige Weiterbildung gewährleistet und Bildungsabbrechern eine zweite Chance eröffnet. Wir wollen Aufstieg durch Bildung fördern.

### **Bildung ist beides: Kognitives Lernen und soziale Verantwortung, Wissen und Werte**

Die Bildungseinrichtungen in Deutschland stehen unter dem Druck einer so genannten „kognitiven Mobilisierung“. Denn PISA hat ergeben, dass sich die Fachleistungen deutscher Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld befinden, was vor dem Horizont einer globalen Wissensgesellschaft als Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland erscheint. Folglich sind oftmals die kognitiven Kompetenzen, an Standards gemessen und auf drei Fächer konzentriert und möglicherweise mit Rankings verbunden, sehr stark ins Zentrum gerückt.

Für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, für die Ausbildung technischer Fähigkeiten und Fertigkeiten ist eine „kognitive Mobilisierung“ in der Tat angemessen. Denn sie verlangen nach einer Orientierung der Bildung an:

- „intelligentem“, anschlussfähigem Wissen
- Kompetenzen und Standards (statt nur an Inhalten)
- Metakognition (Lernstrategien, Problemlösefähigkeit, Umsetzungsfähigkeiten).

Wenn kognitive Mobilisierung allerdings übertrieben und Bildung hierauf einseitig reduziert wird, wird sie dem über allem stehenden Ziel von Persönlichkeitsentwicklung und Persönlichkeitsbildung nicht gerecht. Kognitives Lernen und Wissen müssen vielmehr eingebunden werden in die Vermittlung von Orientierung, von Haltung und Werten. Ohne diese Qualitäten würde Bildung nur reine Unterrichtung sein und eine Tendenz erzeugen:

- zur emotionalen Leere,
- zur „Drei-Fächer-Schule“ mit drei immer zentraler werdenden Fächern, die abgetestet werden können,
- zum Wertedefizit.

Viel Wissen, wenig Werte - das darf weder das Ziel noch Ergebnis von Erziehung und Bildung sein. Im Gegenteil: Wir brauchen bei den jungen Menschen ein Bewusstsein von und eine positive Haltung zu Humanität, Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz als Grundwerte menschlicher Existenz. Wir brauchen die Bereitschaft und Fähigkeit zur Verantwortung, zur Friedfertigkeit, zur Solidarität. Junge Menschen müssen die Chance bekommen, instrumentelle Werte wie Eigeninitiative, Selbstständigkeit, Verlässlichkeit selbst zu erleben und entsprechende Einstellungen und Verhaltenskonzepte aufzubauen. Nicht zuletzt sind wir in der Demokratie und in der Verantwortung der Generationen füreinander wie der Völker miteinander darauf angewiesen, dass die jungen Menschen Emanzipation und Partizipation zu ihrer Sache machen, dass sie die aktive Teilhabe an der Demokratie und am Gemeinwesen ernst nehmen, und dass sie ökologische Verantwortung und ökonomische Nachhaltigkeit als Verpflichtung und zugleich Chance für ihr eigenes Leben und das Leben ihrer Mitmenschen in globaler Verantwortung ansehen. Zur allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit gehört im Übrigen auch, die Freude und das Können der jungen Menschen in Ästhetik und

Motorik positiv zu entwickeln. Denn auch diese Erfahrungen strahlen zurück auf Selbstbewusstsein, Selbstwert und persönliche Zufriedenheit für den weiteren Lebensweg, zu dem Bildung den Grundstein zu legen hat. Hier muss Chancengleichheit ganz elementar und ganz praktisch werden.

### **Umfassende Bildung für alle**

Eine Verengung der Bildung droht aber nicht nur in Deutschland. Alle nationalen Bildungssysteme stehen unter ökonomischem Druck, der die Inhalte von Bildung zu instrumentalisieren und zu verengen droht.

Bei aller Notwendigkeit, das Bildungssystem auch im Hinblick auf wirtschaftliche Notwendigkeiten weiterzuentwickeln, dürfen wir aber das Ziel einer umfassenden Bildung nicht aufgeben. Die Bildungseinrichtungen, vor allem die Schule, sind der einzige Ort, an dem sich in modernen Gesellschaften alle Heranwachsenden eines Landes wenigstens für einige Jahre tagtäglich treffen. Wo, wenn nicht dort, kann sozialer Zusammenhalt, ausprobiert, eingeübt und dauerhaft angelegt werden?

„Umfassende Bildung für alle“ beinhaltet für uns Bildung, die mit fundiertem Wissen auf die anspruchsvolle Arbeitswelt genauso vorbereitet, wie sie Werte und soziale Kompetenzen vermittelt. Wir wollen eine Bildung die am Ideal umfassend entwickelter Persönlichkeiten festhält. Dabei ist unser Leitbild der Wissens- und Bildungsgesellschaft mit Lernfreude, Bildungsstolz, Bildungslust, Bildungschancen, Bildungsoptimismus und Aufstieg durch Bildung verbunden.

Studien der Jugendforschung wie jüngst die Shell-Jugendstudie 2006, belegen, dass die Bereitschaft der jungen Menschen, in ihre eigene Zukunft zu investieren und etwas für die Gesellschaft zu tun, groß ist. Viele zeigen eine hohe Bereitschaft zum Lernen und besitzen den Wunsch, erfolgreich zu sein. Dies gilt für alle Kinder und Jugendlichen, ganz besonders aber für die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Trotz ihrer benachteiligten Situation im deutschen Bildungssystem ist ihre Motivation zu lernen hoch. Gleichzeitig befürchten gerade Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern, trotz ihres Wissens nicht im Erwerbsleben bestehen zu können.

Es gilt, diese positiven Voraussetzungen, das Potential der jungen Menschen für Bildung, für das persönliche Fortkommen und das Wohl der Gemeinschaft pfleglich zu behandeln – es gilt, ihre Fähigkeiten wertzuschätzen in einem Bildungssystem, das „Lust auf Zukunft“ (Johannes Rau) macht.

### **Der vorsorgende Sozialstaat sichert qualifizierte Bildung für alle. Er muss mehr investieren.**

„Umfassende Bildung für alle“ ist kein Selbstläufer. Deshalb braucht Bildung den Staat. Wir verstehen Bildung als öffentliches Gut. Bildung muss ohne soziale Barrieren für alle gleichermaßen zugänglich sein. Der Staat hat daher die Aufgabe ein hoch entwickeltes und leistungsfähiges Bildungssystem für alle zu gewährleisten und zu finanzieren.

Deutschland muss mehr in Bildung investieren. Im internationalen Vergleich entspricht die Entwicklung der Bildungsinvestitionen in Deutschland nicht der hohen Bedeutung, die diese Investitionen für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes haben. Während Schweden, Dänemark, Niederlande oder China ihre Bildungsausgaben im Zeitraum von 1995 bis 2001 um 20 bis 40 Prozent erhöht haben, stiegen sie in

Deutschland im selben Zeitraum nur um rd. 7 Prozent. Die öffentlichen und privaten Aufwendungen für Weiterbildung sind in den letzten Jahren sogar gesunken.

Deutschland widmet einen eher geringen Teil seines nationalen Wohlstands dem Aufgabenfeld Bildung. Die Ausgaben für Forschung, Entwicklung, Bildung und Infrastruktur liegen mittlerweile deutlich unter dem Niveau der USA oder dem von Schweden und Finnland. Vor allem in den erfolgreichen Ländern Skandinaviens werden Bildung und soziale Sicherung gemeinsam als „Sozialpolitik“ betrachtet. Mit diesem Ansatz haben sich diese Länder aus einer tiefen Krise ihres Sozialstaats durch „Vorausinvestitionen“ befreit, was sich heute in einer guten Beschäftigungsbilanz auszahlt.

Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen mehr Bildung und höherem Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig bringt mehr Bildung insgesamt mehr Lebensqualität. Daraus folgt:

- Die öffentlichen Bildungsausgaben müssen deutlich erhöht werden.
- Bildungsausgaben müssen als Zukunftsinvestitionen anerkannt werden. Der Investitionsbegriff darf sich zukünftig nicht mehr nur auf Sachinvestitionen beziehen, sondern muss Bildung, Wissenschaft und Forschung mit einschließen.

Deshalb halten wir an dem Ziel fest, den Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent zu erhöhen, und streben 7 Prozent für Bildung an

## II. Die Handlungsfelder

### 1. Frühkindliche und schulische Bildung

Die zukunftsorientierte Weiterentwicklung eines sozial gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems hängt heute davon ab, dass zwei – sich scheinbar widersprechende – Ziele gleichzeitig erreicht werden: die Orientierung der vorschulischen und schulischen Bildung an allgemein verbindlichen Standards und die Förderung von Individualität und Differenz. Das erste Ziel hebt die Vergleichbarkeit von Leistungen, das zweite Ziel die unvergleichbare Persönlichkeit hervor.

**Die frühkindliche Bildung ist von besonderer Bedeutung. Deshalb muss eine klare politische Priorität auf die Stärkung des Bildungsauftrags der Kindertagesstätten gesetzt werden.**

Der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Der vorschulischen Bildung kommt eine wichtige Rolle zu, die hohe Lernmotivation bei Kindern von Anfang an zu erhalten und zu fördern und herkunftsbedingte Benachteiligungen frühzeitig auszugleichen. Wer mehr Chancengleichheit im Bildungssystem erreichen will, muss bei der Weiterentwicklung unserer Kindertagesstätten (Kita) ansetzen. Sie sind Teil des lebenslangen Lernens und unterstützen Familien in ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgabe.

Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten muss ausgebaut werden – ohne dabei die Stärken des deutschen Systems der Kinder- und Jugendhilfe, nämlich die Trias Bildung, Erziehung und Betreuung, preiszugeben. Bildungspläne mit klar definierten



Bildungszielen sind wichtiger Teil eines positiven Trends zur Stärkung der Kindertagesstätten und unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung eines verlässlichen Systems zur Qualitätssicherung.

Die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen der Kinder in den Kindertagesstätten erfordern systematisch entwickelte und individuell organisierte Bildungsprozesse. Dazu gehört auch, die Fortschritte der Kinder in individuellen Entwicklungsstandsberichten zu dokumentieren und regelmäßig mit den Eltern zu besprechen.

Viele Kinder weisen zum Zeitpunkt des Schuleintritts Förderbedarfe in der Sprachentwicklung und im Spracherwerb auf. Die deutsche Sprache aber ist unverzichtbares Rüstzeug, das Kindern mit auf den Weg gegeben werden muss. Die Jahre vor der Einschulung müssen deshalb für eine deutlich intensivere Sprachförderung genutzt werden. Möglichst früh vor der Einschulung ist der Sprachstand zu überprüfen. Entsprechende Förderangebote müssen flächendeckend und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Auf den Übergang von der Kita in die Grundschule ist besonderes Augenmerk zu richten. Um Brüche in der Bildungsbiografie zu vermeiden und allen Kindern einen gelingenden Übergang zu ermöglichen, müssen Kindertagesstätten und Grundschulen dazu angeregt und darin befördert werden, eng zusammenzuarbeiten und auf eine Kontinuität der Bildungs- und Lernprozesse hinzuwirken.

**Das Bildungssystem muss von Anfang an für alle zugänglich sein. Neben dem bedarfsgerechten Ausbau beinhaltet das auch die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit für den gesamten Kindergartenbesuch.**

Die Inanspruchnahme von bildungsorientierter Betreuung darf nicht an einem unzureichenden quantitativen Angebot scheitern. Neben dem geforderten qualitativen Ausbau des Bildungs- und Betreuungssystems ist der bedarfsgerechte Kapazitätsausbau bzw. -erhalt von Ganztagsbetreuung deshalb nach wie vor von großer Bedeutung, damit Eltern und Kinder sich für die bestmögliche frühe Förderung entscheiden können. Bisher scheitert dies zu häufig daran, dass Kitaplätze fehlen oder nicht am Bedarf von Eltern und Kindern orientiert sind.

In den vergangenen Jahren haben viele Bundesländer beachtliche Erfolge im Ausbau der Kindertagesstätten erzielt. Doch vor allem in vielen westdeutschen Bundesländern ist das Angebot für Kinder unter drei Jahren noch völlig unzureichend. Hier besteht ein großer Nachholbedarf. Insbesondere in den neuen Bundesländern und in einigen Regionen gilt es, die bestehende gute Versorgung auch zukünftig wohnortnah zu sichern.

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muss schrittweise auch für die Kinder unter drei Jahren realisiert werden.

Kitas sind die erste Stufe im Bildungssystem. Deshalb muss gerade der Eingang in das Bildungssystem ebenso selbstverständlich gebührenfrei sein wie Schule und Hochschule. Wir wollen, dass alle Kinder einen Kindergarten vor der Einschulung besuchen. Deshalb ist die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ein erster wichtiger Schritt.

Angestrebt wird die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit für den gesamten Kindergarten.

### **Individuelle Förderung, soziales Lernen und ein produktiver Umgang mit Heterogenität sind Auftrag des gesamten Bildungssystems und aller Schularten.**

Die internationalen Vergleichsstudien der vergangenen Jahre haben offen gelegt, dass das deutsche Schulsystem Kinder und Jugendliche nicht ausreichend gemäß ihrem individuellen Leistungsvermögen fördert. Vielmehr besteht in Deutschland ein direkter Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Eltern und den Bildungsmöglichkeiten der Kinder. Innerhalb dieses Zusammenhangs sind Jungen noch stärker als Mädchen von Schulversagen betroffen.

Die Heterogenität in unserer Gesellschaft wird auch in Zukunft zunehmen. Schule muss sich auf diese Entwicklung einstellen und produktiv mit Leistungs-, Herkunfts- und Geschlechterheterogenität umgehen.

In vielen Bundesländern sind erfolgreiche bildungspolitische Reformansätze zu beobachten, die die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit stellen. An zahlreichen Orten lassen sich gute Beispiele von innovativen Schulen mit kreativen Konzepten und motivierenden Lehrkräften finden. Diese pädagogischen Einrichtungen verstehen sich als lernende Systeme mit klar definierten Qualitätszielen. Als bildungspolitische Leuchttürme müssen sie in ihrer Entwicklung materiell, administrativ und ideell unterstützt werden.

Die Schulen der Zukunft zeichnen sich aus durch ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und Selbstverantwortung. Dazu gehören:

- die pädagogische Profilbildung der Schule,
- die Gestaltung des Unterrichts,
- die selbständige Verwaltung eines Budgets,
- und die Freiheit, Personalentscheidungen zu treffen.

Bei der Umsetzung müssen Schulen auf Unterstützungssysteme zurückgreifen können. Wichtige Voraussetzung für demokratische Schulen sind auch die Partizipations- und Mitbestimmungsrechte der Lehrenden und Lernenden.

Daneben bedarf es verbindlicher Bildungsziele und Kompetenzstandards, die sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler überall vergleichbare Kompetenzen erwerben können. Die Zielerreichung muss regelmäßig – auch extern – überprüft werden. Mehr Eigenverantwortung und Qualitätssicherung sind zwei Seiten einer Medaille. Bei der erforderlichen Qualitätssicherung helfen sowohl Qualitätsagenturen als auch die Einbindung in die regionale Bildungslandschaft.

### **Mehr Zeit zum Lernen und Leben in der Schule unterstützt die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten. Deshalb brauchen wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Ganztagsschulangebot.**

Individuelle Förderung braucht mehr Zeit zum Lernen. Ganztagschulen bieten einen besseren organisatorischen und zeitlichen Rahmen für eine individuelle Förderung aller

Begabungen. Sie können erheblich zur notwendigen Qualitätsverbesserung der schulischen Bildung beitragen.

Alle Kinder und Jugendlichen – ob sozial und kulturell benachteiligt oder privilegiert – können von der Ganztagsschulform stark profitieren.

Die Ganztagschule versteht sich als ganztägiges Bildungsangebot mit mehr Unterricht und Lerngelegenheiten. Sie bietet verlässliche Lern- und Unterrichtszeiten, zugleich aber auch Zeiten des sozialen Lernens und Erfahrens. Mit ihr wird die Schule zum Lern- und Lebensort. Ein ausreichendes Angebot von Freizeitmöglichkeiten sowie eine für alle bezahlbare Essensversorgung sind ebenso wichtige Elemente wie die Öffnung der Schule in die Lebenswelt der Kinder hinein. So werden durch die Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Musikschulen, Volkshochschulen, Betrieben aus der Nachbarschaft, mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Kirchen, Umweltorganisationen, Seniorenheimen oder freien Trägern der Jugendhilfe neue Lernorte erschlossen. Die Ganztagschule bietet zugleich den Rahmen für eine veränderte Pädagogik.

Im Kontext wachsender Heterogenität in der Schülerschaft gewinnt die Kooperation zwischen Schulen und anderen Partnern immer mehr an Bedeutung. Die Ganztagschule ist multiprofessionell – in ihr arbeiten Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Erzieherinnen und Erzieher und Schulpsychologinnen und -psychologen Hand in Hand. Die Ganztagschule ermöglicht ein neues Verständnis von der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe. So können z.B. auch Angebote der Jugendhilfe eingebunden werden, die jugendliche Schulverweigerer wieder an die Schule heranführen.

### **Längeres gemeinsames Lernen bietet Chancen. Wir wollen mit allen Beteiligten weitergehende Wege der Kooperation und Integration entwickeln und umsetzen.**

In keinem anderen Land erfolgt die Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulwege so früh wie in Deutschland. Ist ein Bildungsweg einmal eingeschlagen, ist er schwer zu verändern. Im gegliederten Schulsystem findet Durchlässigkeit vorwiegend nach unten statt.

Die frühe Auslese verstärkt die Probleme des engen Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in unserem Bildungssystem. Je früher die Schülerinnen und Schüler auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt werden, desto kürzer wird der Zeitraum herkunftsbedingte Leistungsunterschiede auszugleichen.

Internationale Vergleichsstudien belegen, dass Schulsysteme, in denen Kinder länger gemeinsam lernen, ein insgesamt höheres Kompetenzniveau erreichen können – nicht nur bei den Lernschwachen, sondern auch bei den Lernstarken.

Die Phasen längeren gemeinsamen Lernens gilt es auszubauen. Diese Entwicklung ist auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung zu unterstützen und voranzutreiben. Denn sie bietet die Chance, bei sinkenden Schülerzahlen das gesamte Spektrum der Bildungsabschlüsse überall, vor allem in ländlichen Regionen, erreichbar zu halten. In einigen Bundesländern gibt es hierfür bereits gute Ansätze.

In den nächsten Jahren muss die Öffnung, Durchlässigkeit und Kooperation aller Schularten der Sekundarstufe I vorangetrieben werden.

Die Entwicklung hin zu heterogeneren Lerngruppen in unseren Schulen macht einen konstruktiven Umgang mit Leistungsunterschieden erforderlich. Lernpfade müssen individualisiert werden. In einer flexibel organisierten Schuleingangsphase können Kinder in den ersten Schuljahren auch in gemischten Altersgruppen je nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten individuell gefördert werden. Das verstärkte Arbeiten mit Entwicklungs- und Bildungsplänen für das einzelne Kind unterstützt diesen Weg.

Der Anteil von Kindern eines Jahrgangs, die Förderschulen besuchen, ist nach wie vor in vielen Fällen sehr hoch. Die Integration von Förderschullehrkräften in allgemeine Schulen ermöglicht ein deutlich höheres Maß gemeinsamen Unterrichts von beeinträchtigten und nicht-beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern.

Dem Übergang vom allgemein bildenden Schulsystem in die Berufsbildung und in das Studium ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Modelle der Kooperation von Schule und Berufsschule, Schule und Wirtschaft sowie Schule und Hochschule sind ideell und materiell zu fördern.

**Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für ihre anspruchsvolle Aufgabe. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung muss verstärkt die neuen Anforderungen aufgreifen.**

Um dem geänderten Bildungsanspruch der Kindertagesstätten gerecht zu werden, müssen Erzieherinnen und Erzieher dazu befähigt werden, Kinder individuell zu fördern und Entwicklungsverzögerungen oder -beschleunigungen bei Kindern frühzeitig zu erkennen. Durch die Stärkung ihrer diagnostischen Fähigkeiten müssen sie in die Lage versetzt werden, den Eltern frühzeitig Hinweise auf besonderen Förderbedarf, besondere Begabungen und Interessenschwerpunkte zu geben.

Im Vergleich zu den Lehrkräften wird die Bedeutung der Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern immer noch zu gering eingestuft. Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss sich deshalb stärker an den wachsenden Anforderungen an die frühe Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern orientieren. Kurzfristig muss vor allem das berufsbegleitende Weiterbildungsangebot drastisch ausgeweitet werden. Gerade bei der bestehenden Trägervielfalt ist es wichtig, dass verstärkt Weiterbildung angeboten wird. Es müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die Angebote auch angenommen werden können.

Akademische Weiterbildungsmöglichkeiten an Universitäten und Fachhochschulen können auf vorhandenen Qualifikationen und Erfahrungen aufbauen. Vor allem für Erzieherinnen und Erzieher, die eine Leitungsfunktion übernehmen wollen, sollte ein Bachelor-Studiengang – auch als berufsbegleitende Weiterbildung – zur Regel werden.

Lehrerinnen und Lehrer müssen in den Schulen Rahmenbedingungen erhalten, die eine Differenzierung des Unterrichts zur individuellen Förderung erlauben. Sie brauchen ein verbindliches Aus- und Weiterbildungsangebot, das sie auf den Umgang mit Heterogenität in der Schule vorbereitet. Dabei muss die Verbindung von pädagogischer Diagnostik und differenzierendem didaktischem Handeln genauso im Vordergrund stehen wie die stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis. Die Reform der Lehrerbildung an den Hochschulen muss in diesem Sinne vorangetrieben werden. Dabei sind die Weiterentwicklung und Implementierung von übergreifenden Standards für die Lehrerbildung ein sinnvoller Weg.

Die Lehrerbildung ist hervorragende Aufgabe der Hochschule. Sie muss qualitativ und quantitativ dementsprechend ausgestattet werden. Wir wollen, dass Männer und Frauen dabei für Erziehung und Bildung sowohl in der Familie als auch in unseren Bildungseinrichtungen Verantwortung tragen.

## 2. Hochschulen

Ziel von Wissenschaftspolitik muss es sein, möglichst vielen jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten ein qualitativ hochwertiges Studium zu ermöglichen und die deutschen Hochschulen so zu stärken, dass sie im internationalen Wettbewerb ganz vorne mitspielen können. Dazu braucht es verstärkte Investitionen und insgesamt mehr Menschen, die sich für eine akademische Ausbildung entscheiden. Wir müssen alles tun, um die Kapazitäten auszubauen und die Qualität der deutschen Hochschulen zu sichern.

Forschung und Lehre bilden an den deutschen Hochschulen eine Einheit. Nur eine qualifizierte akademische Ausbildung bringt den wissenschaftlichen Nachwuchs hervor, den wir für herausragende Ergebnisse in der Forschung brauchen. Dieser Zusammenhang muss Grundlage für das hochschulpolitische Handeln sein. Der weltweite Wettbewerb um die besten Köpfe in der Wissenschaft nimmt ständig zu, deshalb muss Deutschland seine Reputation als internationaler Forschungs- und Hochschulstandort weiter verbessern. Ziel muss eine international wahrnehmbare Profilierung der deutschen Hochschullandschaft sein, die sich auf Forschung und Lehre stützt. Der Bologna-Prozess mit der Schaffung eines europäischen Hochschulraumes und der Vergleichbarkeit in den Studienabschlüssen bietet dafür einen guten Rahmen.

### **Deutschland braucht mehr Studierende. Die Studienplatzkapazitäten müssen weiter ausgebaut werden.**

Der Anteil der Studierenden an einem Altersjahrgang liegt derzeit unter 40 Prozent und damit weit unter dem OECD-Durchschnitt. Um die Konkurrenz zu anderen wissensbasierten Gesellschaften bestehen zu können, muss diese Quote deutlich gesteigert werden. Wir wollen deshalb einen offenen Hochschulzugang, der möglichst vielen jungen Menschen die Chance eines Hochschulstudiums bietet.

Unsere Hochschulen stehen dabei schon jetzt vor großen Herausforderungen: Geburtenstarke Jahrgänge in Westdeutschland und doppelte Abiturjahrgänge werden in den kommenden Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Zahl junger Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung führen. Unterschiedliche Prognosen beziffern diesen Anstieg auf 10 bis 30 Prozent. Diese erfreuliche Entwicklung ist durch Maßnahmen zum Ausbau der Studienkapazitäten zu unterstützen. Gleichzeitig muss in den neuen Bundesländern dafür Sorge getragen werden, dass die zu erwartenden rückläufigen Abiturientenzahlen nicht zu einem Abbau von in Deutschland insgesamt dringend benötigten Studienkapazitäten führen.

Ohnehin sind die Universitäten und Fachhochschulen bereits heute mehr als ausgelastet. Deshalb bedarf es dringend gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Ländern, um ausreichende Lehrkapazitäten an den Hochschulen bereit zu stellen. In einem Hochschulpakt müssen die neuen Rahmenbedingungen nach der Föderalismusreform genutzt werden, um Hochschulen besser auszustatten und ihnen

zusätzliches Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen. Dabei gilt es auch die Chancen der Frauenförderung zu nutzen.

Wir wollen ein Hochschul-Sonderprogramm, das zeitlich begrenzt den Ländern für den Kapazitätsausbau bzw. den Kapazitätserhalt Finanzbeihilfen gewährt. Der Schwerpunkt Vollkostenfinanzierung in der Forschung ist dafür kein ausreichendes Instrument.

**Die Aufnahme eines Studiums darf nicht an die soziale Herkunft gebunden sein. Deshalb wollen wir das gebührenfreie Erststudium sichern. Das BAföG wollen wir erhalten.**

Das Bafög in seiner jetzigen Form ist erfolgreich und muss als Instrument des sozialen Ausgleichs und damit gleicher Bildungschancen erhalten und weiterentwickelt werden. Es darf nicht in ein Volldarlehen umgewandelt werden. Neben dem BAföG müssen Stipendien und können sozial verträglich ausgestattete Darlehenssysteme weitere positive Anreize für junge Menschen schaffen. Im internationalen Vergleich verfügt Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt über zu wenige Stipendienprogramme.

Das Erststudium, bei konsekutiven Studiengängen bis zum Master, muss gebührenfrei bleiben. Auf dem Weg den Anteil der Studierenden zu erhöhen sind Studiengebühren kontraproduktiv. Sie erhöhen die jetzt schon vorhandenen sozialen Hürden bei der Rekrutierung des akademischen Nachwuchses.

Studiengebühren decken nur einen geringen Prozentsatz der realen Kosten ab, die pro Studienplatz anfallen. Sie bieten deshalb keinen Anreiz zum dringend benötigten Ausbau der Studienplatzkapazitäten in den Ländern. Zudem verschärft die Einführung von Studiengebühren in den unionsgeführten Ländern die ungleiche Lastenverteilung zwischen den Bundesländern bei der Bereitstellung von Studienplätzen. Die Planungen und Gesetzentwürfe CDU/CSU-geführter Landesregierungen zur Einführung von Studiengebühren haben schon jetzt auf Seiten der Abiturientinnen und Abiturienten und ihrer Eltern zu Reaktionen geführt, die aus gesamtstaatlicher Sicht unerwünscht sind. Es zeigt sich nämlich, dass jene Länder bei der Wahl des Studienorts bevorzugt werden, die erklärtermaßen am gebührenfreien Erststudium festhalten wollen.

**Der Staat ist in der Verantwortung, die Hochschulen zukunftsgerecht auszustatten. Wir wollen einen fairen Wettbewerb der Länder bei der Hochschulfinanzierung. Wir brauchen einen Systemwechsel.**

Die Qualität unserer Hochschulen entscheidet in hohem Maße darüber, ob Deutschland im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe bestehen kann und damit innovativ und wirtschaftlich stark bleibt. Ein hochwertiges und leistungsfähiges Hochschulsystem zu gewährleisten, liegt somit in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Der Staat hat deshalb grundsätzlich die Aufgabe, für die Finanzierung der Hochschulen aufzukommen.

Das Forum Bildung der SPD setzt sich bei der Finanzierung von Studienplätzen für einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung ein. Nach dem Vorbild des in der Schweiz erfolgreich praktizierten Systems soll in Deutschland ein Vorteilsausgleich eingeführt werden:

Dessen Kerngedanke ist es, dass zwischen den Ländern Ausgleichszahlungen für landesfremde (d.h. aus anderen Bundesländern stammende) Studierende erfolgen. Dem Systemwechsel liegt die Berechnung von nach Fächergruppen gestaffelten Basiskosten für einen Studienplatz zugrunde. Diese Größe orientiert sich an den durchschnittlichen Mindestkosten für Studierende, jeweils berechnet aus den notwendigen Personalmitteln und den Sachmitteln für die Lehre.

Der Vorteilsausgleich verwirklicht einen fairen Wettbewerb unterschiedlicher Formen der Hochschulfinanzierung, fördert die Mobilität der Studierenden und wahrt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Er ist die entscheidende Voraussetzung für den Ausbau von Studienplätzen. Einen solchen Ausbau wiederum fordern Bundestag und Bundesrat explizit im Kontext der Föderalismusreform.

Der Gesetzgeber gesteht dem Bund eine Förderung der Lehre zu, um die Länder bei der Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze unterstützen zu können. Von dieser Möglichkeit sollte er nach Auffassung des Forums Bildung auch im Rahmen des Vorteilsausgleichs Gebrauch machen, indem er die Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern übernimmt.

Der Vorteilsausgleich trägt überdies der besonderen Situation der neuen Länder Rechnung. Allein aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Nachfrage nach Studienplätzen in diesen Ländern in Kürze sinken. Nur wenn es gelingt, ein geeignetes Instrumentarium zur Finanzierung dieser aus Landessicht freiwerdenden, nicht benötigten Studienplätze zu finden, werden diese Länder in der Lage sein, die Studienkapazitäten weiter vorzuhalten, die aufgrund steigender Nachfrage nach Studienplätzen in den alten Ländern dringend benötigt werden. Der Vorteilsausgleich bietet dank seiner Anreizstruktur den neuen Ländern die Möglichkeit, dieses zu gewährleisten.

Darüber hinaus sind die Hochschulen und Universitäten aufgefordert, ihre eigene Einnahmebasis außerhalb staatlicher Förderung zu verbreitern. Hierzu gehören Patentverwertung, Drittmittelwerbung, Stiftungen etc. Gleichzeitig ist die Wirtschaft gefordert, Forschung und Lehre an den Hochschulen stärker als bisher zu unterstützen.

### **Wir wollen die berufliche Qualifizierung an den Hochschulen stärken. Hochschulen müssen sich weiter für Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung öffnen.**

Nach ihrem Studium ist die Mehrheit der Akademikerinnen und Akademiker außerhalb des Wissenschaftsbetriebs tätig. Das deutsche Hochschulsystem muss deshalb stärker als bisher darauf ausgerichtet sein, Studierende auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dem zunehmenden Bedarf an höherer beruflicher Qualifizierung in den unterschiedlichen Branchen können wir insbesondere durch die Stärkung der Fachhochschulen gerecht werden.

Die neuen Strukturen der Bachelor- und Masterstudiengänge müssen aber auch weiterhin eine wissenschaftliche Ausbildung sicherstellen.

Für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ist die Weiterbildung ebenso bedeutend wie für die Entfaltung der individuellen Lebenschancen. Sie muss deshalb zur 4. Säule unseres Bildungssystems ausgebaut werden. Wichtigste Aufgabe ist dabei die Eröffnung von breiten Weiterbildungswegen und die Entwicklung eines

Weiterbildungssystem unter besonderer Einbeziehung der Hochschulen. Dadurch können vor allem Aus- und Weiterbildung besser verzahnt werden.

### **Wir wollen mehr Menschen den Zugang zur Hochschule eröffnen**

Wir brauchen vielfältige Bildungswege in einem offenen System. Diesem Ziel muss auch der Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen angepasst werden. Alle Bildungswege, die der allgemein bildenden Schulen und die der berufsbildenden Schulen gleichermaßen, sollen Anschlüsse für weiterführende Bildungswege bieten – bis hin zur Fachhochschulreife und zur allgemeinen Hochschulreife. Der Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten auf der Grundlage einer abgeschlossenen Berufsbildung soll grundsätzlich geöffnet werden. Menschen mit besonderer beruflicher Qualifikation sollen mittelfristig die Möglichkeit bekommen, ein Studium ohne weitere Zugangshürden aufzunehmen.

Wir wollen mehr jungen Menschen, gerade aus bildungsfernen Schichten, ein Studium an der Hochschule ermöglichen. Deshalb dürfen die neuen Abweichungskompetenzen der Bundesländer in Fragen der Hochschulzulassung keinesfalls zu einer Abschottung der Hochschulen führen. Wir halten hier bundesweit einheitliche Regelungen im Interesse der Mobilität der Studierenden für die sinnvollste Lösung.

Die hohen Abbrecherquoten an deutschen Hochschulen verstehen wir als dringenden Auftrag, im Interesse der Studierenden wie der Hochschulen einen Beitrag dazu zu leisten, dass Studierende das richtige Fach wählen und die richtigen Studierenden an den Fachbereichen der Hochschulen ankommen. Deshalb halten wir an der Entscheidung fest, den Hochschulen ein stärkeres Mitspracherecht bei der Auswahl ihrer Studierenden zu geben. Gleichzeitig betonen wir aber die uneingeschränkte Gültigkeit des Abiturs als Hochschulzugangsberechtigung.

### **Zu viele Studierende brechen ihr Studium frühzeitig ab. Sie brauchen eine bessere Orientierung in der Studieneingangsphase.**

Ein Mangel des deutschen Hochschulsystems und Ursache für die hohe Abbrecherquote sind die unzureichenden Angebote an Beratung und Betreuung für die Studierenden. Gerade am Übergang Schule – Hochschule besteht ein enormer Beratungsbedarf, der heute weder von den Schulen noch von den Hochschulen zufrieden stellend bedient wird. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen müssen Schulen vor dem Abitur Studienorientierung gewährleisten und beratend tätig sein. Gleichzeitig müssen die Hochschulen ihre Beratungs- und Orientierungsleistungen vor Aufnahme eines Studiums intensivieren. Damit die Studienentscheidung bei jungen Menschen abgesichert erfolgen und die Abbrecherquote reduziert werden kann, müssen auf diese Weise die Systeme Schule und Hochschule besser verzahnt werden.

Zusätzlich müssen Studierende in der Startphase des Studiums intensiver betreut und beraten werden. Die Einführung einer freiwilligen Orientierungsphase zu Beginn eines Studiums kann darüber hinaus ein sinnvolles Instrument sein, um die hohen Abbrecherquoten an deutschen Hochschulen zu reduzieren.



## **Wir wollen die Lehre stärken. Die Forschung muss in das Studium einbezogen werden.**

Die Qualität der Lehre muss durch eine kontinuierliche und begleitende Lehrevaluation gesichert werden, wobei eine interne und externe Evaluation Voraussetzung für eine dauerhafte Qualitätsentwicklung ist. Mit der Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes sind europaweit vergleichbare Verfahren und deren konsequente Umsetzung in Deutschland notwendig. Zur Verbesserung von Lehre, Didaktik und Methodik bedarf es des Auf- und Ausbaus hochschuldidaktischer Einrichtungen.

Für eine entsprechende Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind institutionalisierte Graduiertenprogramme (Graduate Schools etc.) besonders geeignet. Sie ermöglichen eine international wettbewerbsfähige und Lehrqualifikationen einbeziehende Doktoranden- und Postdoktorandenqualifizierung.

Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems hängt entscheidend von der Einbeziehung der Forschung in das Studium ab. Studentisches Lernen in allen Phasen des Studiums muss deshalb auf den neuesten Forschungsergebnissen aufbauen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen tragen eine gemeinsame Verantwortung für die Herausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Forschung ist auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen und kann deshalb nicht auf eine enge Anbindung an bzw. eine enge Kooperation mit den Hochschulen verzichten.

Eine engere Vernetzung öffentlich finanzierter Forschungspotentiale in Deutschland ist notwendig. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und -kapazitäten sollen dazu unter Beibehaltung ihrer definierten Aufgaben und Ziele in eine von den Hochschulen getragene Gesamtstruktur stärker eingebunden werden.

## **Hochschulen brauchen größtmögliche Autonomie. Die eigene Profilbildung hilft internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.**

Die deutschen Hochschulen brauchen Strukturen, die es ihnen im nationalen wie internationalen Wettbewerb ermöglichen sich zu profilieren und zu behaupten. Dies lässt sich nur durch größtmögliche Autonomie der Hochschulen verwirklichen. Im Rahmen einer solchen Autonomie sind klare Leitungs- und Entscheidungsstrukturen notwendig, verbunden mit einer transparenten Rechenschaftslegung. Neue Strukturmodelle müssen aber auch in Zukunft den Grundsatz der Partizipation beibehalten und geeignete Verfahren zur inneruniversitären Mitbestimmung aller am Leben der Hochschule Beteiligten entwickeln und sichern.

Im Rahmen der staatlichen Aufgabendefinition müssen die Hochschulen durch Verträge und Zielvereinbarungen die volle Verantwortung für Profilbildung und Prioritätensetzung sowie für operative und strukturelle Angelegenheiten in Finanz- und Personalfragen, Studium, Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung erhalten. Diese Entwicklung steht auch im Kontext einer notwendigen stärkeren Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft. Durch einen solchen Differenzierungsprozess entstehen Hochschulen mit Schwerpunkten in spezifischen Ausbildungsangeboten und Forschungsbereichen. Die Verbindung von Lehre und Forschung ist dabei zu erhalten.

## **Wir brauchen starke Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften**

Der Profilierungsprozess darf jedoch nicht zu einer Schwächung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften führen. Durch ihr kontextbezogenes Studium bilden sie die Grundlage für ein fachübergreifendes Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge. Sie geben unverzichtbare Impulse für die Innovationskraft und Kreativität unserer Gesellschaft. Den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften ist eine verlässliche Perspektive zu eröffnen. Dazu gehört auch der Ausbau entsprechender Studienkapazitäten.

## **Wir wollen die Personalstrukturen weiter modernisieren**

Die Modernisierung der Personalstrukturen muss – insbesondere im Hinblick auf die Lehre – weiter vorangetrieben werden. Dazu gehören sowohl eine klare Perspektive für die Juniorprofessur als auch neue Ansätze, wie zum Beispiel ein Lecturer-Programm oder ein geregeltes Graduiertenstudiensystem einschließlich einer vertretbaren Lehrverpflichtung. Bund und Länder müssen hier verantwortlich zusammenarbeiten.

Die Juniorprofessur bietet verlässliche Karrierewege sowie eine frühe Eigenständigkeit in Forschung, Lehre und Management. Sie muss deshalb ausgebaut und weiterentwickelt werden. Der wissenschaftliche Nachwuchs kann darüber die Möglichkeit erhalten sich im Tenure-Track Verfahren zu qualifizieren und zu profilieren.

Mit der Einführung einer neuen Personalkategorie – dem Lecturer – wird der Mittelbau an den Hochschulen gestärkt und die Grundlage für eine qualitative und quantitative Verbesserung der Lehre gelegt. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Professoren aus der Verpflichtung für die Lehre entlassen werden, denn gerade sie können neueste Forschungsergebnisse an die Studierenden weitergeben und diese in das Studium einbinden.

Das deutsche Hochschulsystem braucht eine stärkere personelle Mobilität zwischen Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft. Damit dies erreicht werden kann, muss der Beamtenstatus, wie in anderen europäischen Ländern auch, durch private Dienstverträge ersetzt werden. Für den Bereich der Exzellenzforschung braucht es eigene Berufungs- und Besetzungsstrukturen, insbesondere um die Kooperation von Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Geistes- und Sozialwissenschaften zu stärken.

Forschungsergebnisse und die Resultate der Lehrevaluation müssen in eine leistungsbezogene Bezahlung der Professorinnen und Professoren einfließen, die in Verantwortung der Hochschulen liegt. Dadurch werden zusätzliche Anreize für eine qualitativ hochwertige Gestaltung der Lehrveranstaltungen gesetzt.

## **Die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes bietet gute Chancen für die Weiterentwicklung und Stärkung unserer Hochschulen**

Die gestuften Studiengänge ermöglichen ein Studienangebot, welches flexibel und entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen von Studienanfängern, Studierenden und

Berufstätigen genutzt werden kann. Dies führt zusätzlich zu einer Erhöhung der Durchlässigkeit im Bildungssystem und gewährleistet durch die internationale Anerkennung die Mobilität der Studierenden und die Attraktivität der deutschen Hochschulen. Auch im Rahmen von Bachelor-Studiengängen sollten Auslandsaufenthalte ermöglicht und unterstützt werden.

Um die Chancen und Möglichkeiten der Bildung eines europäischen Hochschulraumes optimal zu nutzen müssen geeignete Mitbestimmungsmöglichkeiten entwickelt werden, die Personal und Studierende in diesen Prozess einbinden.

### **Deutschland muss ein attraktiver Studienstandort für ausländische Studierende sein**

Damit Deutschland ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Standort für Wissenschaft und Forschung bleibt, muss die grenzüberschreitende Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Personal gefördert werden. Durch geeignete Unterstützungssysteme (z.B. für Studierende aus Entwicklungsländern) und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen können hier positive Anreize gesetzt werden.

## **3. Berufliche Bildung**

Die Globalisierung der Märkte, die schnellen technologischen Weiterentwicklungen, der Preis- und Zeitwettbewerb, ausgeprägte Qualitätsansprüche und eine zunehmende Marktsegmentierung zwingen sowohl Groß- als auch Klein- und Mittelbetriebe zur Markt- und Kundennähe. Es kommt zu enger werdenden Verknüpfungen von Industrieproduktion und Dienstleistungen und zu auftragsorientierten Organisationsformen, die stark dezentralisiert sind. Für den einzelnen Menschen ist es in diesem Prozess entscheidend, dass er die Kompetenzen erwerben kann, die ihm den Weg zur Beruflichkeit sichern und es ihm ermöglichen, Bildung aufzubauen.

### **Qualifizierte berufliche Bildung als Schlüssel für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe**

Qualifizierte berufliche Bildung orientiert sich an berufspädagogisch begründeten Kompetenzen auf Grund von wissenschaftlichen Kriterien und hat hohe Professionalität im Blick. Gute berufliche Bildung geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus, der die gesamte Persönlichkeit erfasst und entwickeln hilft und stellt den Lernenden mit seinen Stärken und Schwächen in den Mittelpunkt. Sie zielt auf Chancengleichheit und Teilhabe des Einzelnen an Gesellschaft und Demokratie. Eine qualifizierte berufliche Bildung muss die Fähigkeiten und Potentiale des Einzelnen konsequent fördern. Nur dadurch werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzt, Arbeits- und Geschäftsprozesse aktiv mitzugestalten und weiterentwickeln zu können.

## **Ausdifferenzierung des Berufsausbildungssystems und Dualismus der beruflichen Bildung**

Aufgrund des ökonomischen und sozialen Strukturwandels der letzten Jahrzehnte ist eine zunehmende Ausdifferenzierung des Berufsausbildungssystems festzustellen. In Deutschland lassen sich drei Teilsysteme unterhalb der Hochschule unterscheiden:

1. Das duale Ausbildungssystem, in dem ein anerkannter Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung in einer Kombination von schulischer und betrieblicher und/oder überbetrieblicher Ausbildung durchgeführt wird.
2. Das Schulberufssystem, d.h. die Ausbildung für einen gesetzlich anerkannten Beruf in vollzeitschulischer Form in Verantwortung des Schulträgers (Ausbildung nach Landesrecht).
3. Das berufliche Übergangssystem, d.h. Berufsbildungsangebote, die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der persönlichen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen. Dabei ist das Nachholen eines allgemein bildenden Abschlusses möglich.

Gerade in den letzten Jahren ist die Entwicklung von Qualität und Quantität in allen drei Teilsystemen des Berufsbildungssystems immer wichtiger geworden. Denn der Ausbildungsstellenmarkt hat sich in den letzten Jahren immer weiter von der Demografie entfernt. Die Zeiten, als noch 70 Prozent eines Altersjahrgangs im dualen System ausgebildet wurden, sind längst vorbei. Mittelfristig ist sogar eine weitere Verringerung der Beteiligungsquote auf unter 50 Prozent nicht auszuschließen. Aufgrund dieser Tendenz ist es notwendig innerhalb der Betriebe und Unternehmen einen Mentalitätswechsel zu bewirken, um den Anteil der dualen Berufsausbildung nachhaltig zu erhöhen. Die Ausbildung junger Menschen darf nicht als Belastung, sondern muss besonders hinsichtlich des prognostizierten Fachkräftemangels in Deutschland als notwendige Investition in die Zukunft und des eigenen Bestehens verstanden werden.

Dabei muss klar sein: Es ist und bleibt Hauptverantwortung der Wirtschaft, für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Allerdings ist Realität, dass sich derzeit lediglich knapp ein Viertel aller Unternehmen in der Ausbildung engagiert, obwohl rund die Hälfte der deutschen Unternehmen ausbilden könnte. Um das betriebliche Ausbildungsplatzangebot zu steigern, können auch tarifliche Vereinbarungen herangezogen werden. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung von Branchenfonds zur Sicherung der Facharbeitsmärkte dringend geboten.

Die Ausgestaltung der dualen betrieblichen Berufsausbildung ist innovativ und zukunftsorientiert und gleichzeitig das entscheidende Qualitätsmerkmal für die Zukunft der jungen Menschen und der Unternehmen.

Allerdings müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Jugendliche eine schulische Ausbildung absolvieren, weil sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden. Und in vielen Betrieben werden die für eine zukunftsorientierte Ausbildung erforderlichen qualitativen Standards nicht erreicht. Es ist eine soziale Verpflichtung

der Gesellschaft gegenüber den jungen Menschen, ihnen allen durch die Eröffnung weiterer Ausbildungsmöglichkeiten ein vernünftiges Angebot zu unterbreiten. Aus diesem Grund bedarf es der Ergänzung der Möglichkeit zur vollschulischen Berufsausbildung, die in Inhalt, Durchführung und Abschluss der betrieblichen Ausbildung gleichwertig ist.

Diesen Dualismus gilt es deshalb produktiv aufzunehmen. Im dualen System, im schulischen System und in der Kombination von vielfältigen Verbänden mit und von betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsformen muss für ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Ausbildungsverhältnis für jeden Jugendlichen gesorgt werden.

### **Modernisierung und Qualitätssicherung im dualen Berufsbildungssystem**

Die Stärke der dualen Berufsausbildung liegt in der systematischen Kombination von Arbeiten und Lernen. Verbundene Lernprozesse im Lernort Betrieb und im Lernort Berufsschule schaffen berufliche Handlungskompetenz sowie Beschäftigungsfähigkeit und tragen zur Persönlichkeitsentwicklung bei.

Wir wollen, dass das duale System auch künftig eine zentrale Rolle im System der beruflichen Bildung spielt. Die innovative duale Berufsausbildung muss den Anteil betrieblicher Ausbildungsverhältnisse kontinuierlich erhöhen. Ein stärkeres Lernen in qualifizierenden und zugleich wertschöpfenden Arbeitsprozessen, eine bessere Koordination zwischen den Lernorten Betrieb und Schule, sowie die Durchlässigkeit von der beruflichen zur hochschulischen Bildung ist auf den Weg zu bringen.

Wir müssen die duale Ausbildung an aktuelle Entwicklungstrends anpassen. Der wachsende Fachkräftebedarf, der beschleunigte technologische Wandel und die zunehmende Europäisierung der Arbeitsmärkte erfordern eine schrittweise Modernisierung der beruflichen Bildung.

Die sich rasant wandelnden betrieblichen Qualifikationsanforderungen führen dabei zu den bekannten Diskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Die Halbwertszeiten von Innovationen und Dienstleistungen nehmen ab. Im Zentrum beruflicher Bildung stehen das „Lernen lernen“ und die Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen zur Sicherung seiner Berufs- und Beschäftigungsfähigkeit.

Festgehalten wird bei der dualen Berufsausbildung am ganzheitlichen, vergleichbaren Nachweis der Berufsbefähigung durch die sich auf alle Lernorte beziehende Abschlussprüfung mit dem Charakter einer Berufseingangsprüfung. Grundlage hierfür sind Kernberufe, die ein breites berufliches Grundwissen sowie Schlüsselqualifikationen vermitteln und das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens fördern.

Die Sozialpartner werden aufgefordert, im Hinblick auf das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens wieder zunehmend Kernberufe mit breiter Grundqualifikation zu entwickeln. Zugleich sollte von der überwiegend punktuell gestalteten Berufsabschlussprüfung abgegangen werden. Stattdessen sollten sämtliche Leistungen, die an den Lernorten erbracht werden, zur Gesamtbewertung des Ausbildungserfolges herangezogen werden.

An Berufsfeldern als Ordnungsprinzip für die duale Berufsausbildung wird grundsätzlich festgehalten. Bestehende Berufsfelder müssen aktualisiert und ggf. neu geordnet werden. Bei Bedarf müssen im Rahmen eines breiteren Spektrums von Berufsbildern neue anerkannte Ausbildungsberufe mit Basisqualifikationen entwickelt werden, die berufsfeldübergreifend konzipiert sein können.

Insbesondere neue Branchen ohne Ausbildungstradition müssen für die Berufsausbildung dabei erst noch gewonnen werden. Das gilt vor allem für die neuen expansiven Dienstleistungsbereiche.

Ob es weiter Bedarf für weniger komplexe arbeitsmarktverwertbare Berufe gibt, ist sorgfältig zu beobachten. Sowohl im Interesse der Jugendlichen als auch der Wirtschaft muss vermehrt darauf geachtet werden, dass keine Bildungssackgassen für Ausbildungsabsolventen entstehen.

Das duale Berufsausbildungssystem ist derzeit nicht in der Lage, jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Sehr viele Jugendliche müssen deshalb teure Ersatzmaßnahmen in beruflichen Schulen oder bei freien Trägern durchlaufen, ohne das notwendige Maß an Beruflichkeit zu erreichen. Solange diese Situation anhält, wird neben dem System der dualen Berufsausbildung die vollschulische Berufsausbildung an beruflichen Schulen in einem Verbund mit betrieblichen Lernphasen eine wichtige Bedeutung haben. Es ist deshalb notwendig, dass diese Ausbildungsgänge zu einem gleichwertigen, allgemein anerkannten Abschluss führen.

Es werden Ausbildungsgänge nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und nach Landesrecht angeboten. Es sollte deshalb zur Regel werden, dass die zuständigen Stellen die Absolventen der vollschulischen Ausbildungsgänge nach BBiG unmittelbar zur Berufsabschlussprüfung zulassen und die Abschlüsse der Ausbildungsgänge nach Landesrecht ebenfalls als Berufsabschlüsse anerkennen und zertifizieren.

Bei den vielfältigen Einrichtungen der beruflichen Schulen mit Werkstätten und Lernbüros, wegen der vorhandenen Fachausstattungen und der hohen fachlichen und berufspädagogischen Kompetenzen der Lehrkräfte ist Gewähr dafür zu tragen, dass diese vollschulische Berufsausbildung den Standards der Berufsausbildung im dualen System gleichwertig ist.

### **Durchlässigkeit von beruflicher Bildung zu anderen Bildungssystemen**

Der Übergang von der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung muss deutlich durch eine systematische Berufsorientierung, Beratung und Unterstützung verkürzt, die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung muss durch die Entwicklung gestufter Fortbildungsgänge gestärkt werden.

Um die Attraktivität der Berufsbildung in Zukunft weiter zu sichern und zu steigern und neue Wege zur Weiter- und Höherqualifizierung zu eröffnen, wollen wir die Durchlässigkeit „nach oben“ verbessern. Besonders leistungsfähigen und engagierten Absolventen wollen wir den Weg an die Hochschulen ermöglichen.

Die Aufnahme eines Studiums nach vorangegangener Berufsbildung ist durch die Entwicklung von Leistungspunktsystemen zur Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen zu erleichtern.

Qualifikationen aus einer schulischen oder dualen Ausbildung sollen, wo sinnvoll und möglich, auf ein Hochschulstudium angerechnet werden können. Auch ohne Abitur muss es künftig leichter möglich sein, die Angebote der Hochschulen zu nutzen und dort erworbenes Wissen zertifizieren zu lassen. Mit der Einführung der gestuften Studienstruktur können die Hochschulen auch für diese Zielgruppe Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, die stärker und flexibler an den Bedürfnissen der Berufswelt orientiert sind.

Wir wollen dadurch auf allen Wegen sicherstellen, dass Deutschland seinen Bedarf an hoch qualifizierten Erwerbstätigen auch künftig decken kann.

### **Förderung von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss**

Jugendlichen mit schlechteren Startchancen ist durch ein gezieltes Übergangsmangement von der Schule über die Berufsvorbereitung der Eintritt in die Berufsausbildung zu erleichtern und damit die Zeit zwischen Schulabschluss und Ausbildungsbeginn zu verkürzen. Zum Abbau von „Warteschleifen“ sollen unter anderem die im BBiG eröffneten Möglichkeiten der Anrechnung erworbener Teilqualifikationen auf die Dauer der Berufsausbildung genutzt werden. Solche Teilqualifizierungen dürfen keine Sackgassen darstellen und der stufenweise Aufbau bis hin zur Vollausbildung muss möglich sein.

Junge Erwachsene ohne Abschluss müssen durch ein Programm „Zweite Chance“, durch berufsbegleitende Qualifizierung einen Berufsabschluss nachholen können. Dies gilt auch für Jugendliche, denen im Rahmen von SGB II Förderung, Arbeitsgelegenheiten oder Beschäftigung angeboten werden.

In der Gestaltung des Bildungswesens ist generell darauf hinzuwirken, dass die Berufsorientierung einen höheren Stellenwert an den allgemein bildenden Schulen erhält und somit immer weniger Jugendliche mit schlechten Startchancen das allgemeine Bildungssystem verlassen.

Unter dem Vorzeichen der lang andauernden strukturellen Arbeitslosigkeit und des damit einher gehenden Mangels an Ausbildungsplätzen sind an beruflichen Schulen besondere Probleme entstanden, die zu neuen pädagogischen Herausforderungen und Konzepten führen. Immer häufiger werden berufliche Schulen zu Orten, an denen die auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausgegrenzten und chancenlosen Jugendlichen in mehr oder weniger sinnvollen Maßnahmen unterschiedlichsten Zuschnitts und in unterschiedlichen Zielgruppen betreut und bisweilen nicht hinreichend gefördert werden.

Vorrangig ist deshalb, dass insbesondere auch die Benachteiligten Zugang zu zukunftsfähigen Berufsabschlüssen haben, ggf. mit besonderer individueller Förderung im Rahmen der Vernetzung sämtlicher sozialer Dienste.

Es ist ein flexibles System von Förderangeboten für Jugendliche zu entwickeln, damit sie Zug um Zug in die Lage versetzt werden, ein eigenverantwortliches Leben auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu führen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen werden mit der Berufsorientierung bereits in den allgemein bildenden Schulen entscheidend beeinflusst. Bereits dort ist mit Hilfe dieses Fördersystems das soziale Umfeld so zu beeinflussen, dass die schulische Leistungsfähigkeit erhalten bleibt und entwickelt wird. Das Förderkonzept muss die Arbeit der Berufsschulen und der allgemein bildenden Schulen besser als bisher verzahnen. Dies betrifft sowohl curriculare Fragen als auch die Ausarbeitung eines Konzeptes für die Schullaufbahn- und Berufsberatung und die Einführung einer geregelten Berufsbiografieplanung. Für die Entwicklung von didaktischen Konzepten ist von entscheidender Bedeutung, dass der Blick für die individuellen Stärken der Jugendlichen geschärft wird.

### **Die europäische Dimension ist bei allen Aktivitäten zu berücksichtigen**

Notwendiger Bestandteil einer zukunftsfähigen Berufsausbildung ist die konzeptionelle Einbeziehung der europäischen Dimension des Lernens in die Curricula. Das heißt, dass die Förderung der Mehrsprachigkeit und die interkulturelle Erziehung ebenso berücksichtigt werden müssen wie die Förderung von Austauschprogrammen für Auszubildende. Dies beinhaltet eine stärkere Betonung des Stellenwertes der Allgemeinbildung für die duale Berufsausbildung und eine konzeptionelle Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung. Bei dem kompetenzorientierten Bewertungsschema des europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) ist darauf hinzuwirken, dass das duale Berufsausbildungssystem mit seinen Kompetenzen einbezogen und das Ziel der Beruflichkeit gesichert wird. Seine Abschlüsse müssen angemessen repräsentiert sein.

Die Erhöhung der Mobilität, damit sich der europäische Arbeitsmarkt herausbilden kann, muss gestärkt werden. Mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen, dem Europass-System und der Weiterentwicklung des europäischen Berufsbildungsraumes ist dieser Weg zu gehen.

### **Berufliche Bildung und Weiterbildung enger verzahnen**

Die beruflichen Anforderungen machen eine enge Verzahnung zwischen Erstausbildung und beruflicher Fort- und Weiterbildung unabdingbar. Der/die Auszubildende muss Kompetenzen erwerben, die sich nicht nur auf Teilbereiche beziehen, sondern auf ganzheitliche Arbeits- und Geschäftsprozesse. Die Institutionalisierung von lebensbegleitendem Lernen erfordert den Ausbau der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung zu einem System mit staatlichen Regelungen für Anerkennungen und Berechtigungen von Abschlüssen am Weiterbildungsmarkt und die Konzeptionierung eines modularen Systems, das sich sowohl an dem Berufsprinzip als auch an Anforderungen der Hochschulen mit einem hohen Maß an Durchlässigkeit orientiert und unterstützt wird durch eine Berufswegebegleitung für Erwachsene.

Einen Beitrag hierzu leistet die Weiterentwicklung der staatlichen Fachschulen und der Volkshochschulen. Sie ist im Rahmen der Entwicklung der beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung zu sehen. Durch enge Kontakte



zu den Hochschulen und zur Wirtschaft muss frühzeitig festgestellt werden, auf welchen Gebieten Weiterbildungsbedarf besteht, um zukunftsorientierte praxisbezogene Weiterbildungsgänge oder entsprechende modulare Angebote aufzubauen. Fachschulen sollen als berufsqualifizierende Erwachsenenrichtungen den studienqualifizierenden Einrichtungen im allgemeinen Bildungsbereich gleichgesetzt und entsprechend weiterentwickelt werden.

Diese Weiterentwicklung muss sich an den Niveaustufen des Europäischen Qualifizierungsrahmens (EQF) orientieren. Die Qualität der Abschlüsse und die Berechtigungen müssen an den europäischen Standards gemessen und entsprechend weiterentwickelt werden, um auch die gewünschte Durchlässigkeit zu sichern.

Die beruflichen Schulen werden dabei zu regionalen Kompetenzzentren ausgebaut für die Bereiche:

- Berufliche Erstausbildung (Duales System und vollschulische Berufsausbildung als zweite Säule);
- Gestaltung beruflicher Vollzeitbildungsgänge (Vollzeitschulformen) mit Erwerb der Studierfähigkeit;
- Entwicklung von inhaltlich verknüpften beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsmodulen im regionalen Berufsbildungsdialog.

Ihnen ist für die Koordination des regionalen beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebotes eine besondere Rolle mit entsprechenden Kompetenzen und guter Ausstattung zuzuordnen, auch als Teilhaber in einem wirksamen regionalen Berufsbildungsnetzwerk. Solche Berufsbildungsnetzwerke sind auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den regionalen Weiterbildungsträgern und mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten angelegt, um Auslastungs- und Nutzungsgrad der jeweiligen Einrichtungen in der Region zu erhöhen, Synergieeffekte zu erzielen und unnötige Doppelinvestitionen des Staates (Bund/Land/Schulträger) zu vermeiden. Dies begünstigt auch das Ziel der Berufsausbildung in Verbänden, durch die Reserven „betrieblicher Berufsausbildung“ mobilisiert werden sollen. Eine Förderung von Verbundlösungen muss daher Lernorte wie Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsstätten, Volkshochschulen sowie berufliche Schulen einschließen.

Die Qualität der Berufsausbildung hängt dabei auch entscheidend von der Kompetenz und Professionalität der Ausbilder und Berufsschullehrkräfte und der anderen Fachkräfte im berufsbildenden Gesamtsystem ab. Hierzu sind Mindestanforderung zu definieren, Qualifizierungsangebote zu verbreitern und eine systematische Weiterbildung zu garantieren.

#### **4. Weiterbildung**

Die Wissensgesellschaft bringt neue Anforderungen an Orientierung und Perspektiven im persönlichen Bereich, im Zusammenleben mit anderen, aber auch in Hinblick auf berufliche Veränderungen mit sich. Der Weiterbildung kommt damit eine wachsende Bedeutung zu, der das deutsche Bildungssystem unzureichend gerecht wird.

Weiterbildung zahlt sich für den Einzelnen sowohl materiell als auch immateriell aus. Fast 80 Prozent aller an beruflicher Bildung Teilnehmenden geben an, dass sie ihre

Arbeit nun besser erledigen können. Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung können zum Teil ihr Einkommen steigern, das Risiko arbeitslos zu werden vermindern und können mit einem Karrieresprung rechnen.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland wird in hohem Maße davon abhängen, ob es gelingt, dass Fachkräfte über ihre gesamte Berufsbiographie hinweg ihre Qualifikationen erhalten und an die sich ständig wandelnden Anforderungen anpassen. Doch neben der ökonomischen Notwendigkeit von Weiterbildung gibt es eine gesellschaftliche:

Lebenslanges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander und somit der Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft insgesamt.

Gerade auch im Zeichen des Wandels der Altersstruktur in unserer Gesellschaft, in der die Lebenszeit nach dem Arbeitsleben noch deutlich wachsen wird, ist Weiterbildung auch im Alter eine notwendige Voraussetzung nicht nur für die individuelle Teilhabe an Lebensqualität, sondern auch für die Innovationsfähigkeit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft insgesamt.

Die Ausrichtung auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen muss als ein Kernelement jeder Zukunftspolitik vorangetrieben werden. Wir brauchen Weiterbildung mit System.

### **Mit gesetzlichen Regelungen die Weiterbildungslandschaft aktiv gestalten**

Weiterbildung ist ein entscheidender Abschnitt von „Bildung im Lebenslauf“. Sie steht genauso in der öffentlichen Verantwortung wie andere Bildungsabschnitte. Dies gilt, zumal die Wirtschaft allein nicht in der Lage ist, Angebot und Durchführung von Weiterbildung sicherzustellen. Nur 25 Prozent der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten bieten Möglichkeiten betrieblicher Weiterbildung an. Gleichzeitig erwägen führende Großunternehmen, sich aus der betrieblichen Weiterbildung für ihre Beschäftigten zurückzuziehen.

Zwischen Bund und Ländern abgestimmte gesetzliche Regelungen für die Weiterbildung sind ein gangbarer Weg für eine dringend erforderliche Weiterbildungspolitik, die die Weiterbildungslandschaft aktiv gestaltet. Für lebenslanges Lernen als selbstverständlichen Teil von Biografien fehlen institutionelle, finanzielle, zeitliche und organisatorische Voraussetzungen. Die Bildungsbausteine auf den verschiedenen Bildungspfaden müssen mit System angelegt sein und gepflegt werden, um für die Menschen zugänglich, betretbar und vom Ziel her erreichbar zu sein.

Zukunftsweisend ist deshalb nur ein Gesamtkonzept, das ein Recht auf Weiterbildung sichert, Lernzeitanprüche sowie die notwendige Finanzierung vorsieht, und das geeignet ist, mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für alle Beteiligten herzustellen.

Inhalte solch gesetzlicher Regelungen sind:

- Sicherstellung von Weiterbildungsangeboten,
- Regelungen zu Übergängen in andere Bildungsbereiche sowie
- die Durchlässigkeit der Weiterbildungssysteme,

- Regelungen zum Abschluss, zur Finanzierung, zum Lernzeitananspruch sowie
- zur Qualitätssicherung.

### **Unternehmen haben die Pflicht, Bildung zu ermöglichen und zu unterstützen**

Zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums gehört die Bildungspflichtigkeit der Unternehmen. Aus dem Rechtsanspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Weiterbildung und persönliche Entwicklung erwächst ein Initiativrecht ihrer demokratischen Vertretung in Betrieben, den Betriebsräten, und die Pflicht der Unternehmen, mit Beratung, Qualifizierung und Freistellung Weiterbildung zu ermöglichen und zu unterstützen. Zur Sicherung der eigenständigen Existenzmöglichkeit durch Arbeit gehört die Sicherung eines Mindestlohns und einer Mindestqualifikation.

### **Weiterbildung braucht freie Zeit. Freistellungsansprüche für Bildungszwecke müssen ausgebaut werden.**

Weiterbildung bedeutet Verzicht auf unmittelbare Wertschöpfung. Sie steht deshalb im Interessenstreit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie berührt den Versorgungsausgleich von Staat und Individuum. Grundsätzlich hat jeder Mensch ein Anrecht auf ausreichend Weiterbildungszeit als Teil seiner Bildungsvorsorge.

Zur Sicherung der notwendigen Weiterbildungszeit ist das System der Freistellung von der Arbeit für Bildungszwecke auszubauen und so zu gestalten, dass es in die Lebensplanung integrierbar ist. Personen, die nicht abhängig Beschäftigte sind, erhalten ebenfalls einen eigenständigen Lernzeitananspruch. Tarifliche Regelungen zu dem Thema sind als Ergänzung gesetzlicher Ansprüche sinnvoll, da die Quote ihrer Inanspruchnahme erfahrungsgemäß hoch ist.

Staatliche Aufgabe ist es, Bildungszeit und Bildungsguthaben abzusichern in Form von Freistellungs- und Rückkehransprüchen in den Unternehmen, staatlicher und betrieblicher Unterstützung bei Bildungs- und Lebenskosten, Lernzeitkonten und Bildungsguthaben, Qualitätskontrolle und Leistungszertifizierung. Ein Fördergesetz zur Weiterbildung knüpft an die bestehenden nationalen Bildungsfördergesetze an.

### **Qualität der Weiterbildungsangebote sichern**

Für Teilnehmende muss die Qualität der Weiterbildungsangebote stärker als bislang gewährleistet werden. Dies erfolgt durch Festlegung von Qualitätsstandards für die Träger und Einrichtungen, für die Durchführung und für das Ergebnis von Weiterbildung.

Das nur für einen Teil der Weiterbildung seit dem 1. Januar 2006 geltende Qualitätssicherungssystem ist weiterzuentwickeln und sollte auf weitere öffentlich geförderte Weiterbildungsbereiche ausgedehnt werden.

Die Information über Bildungseinrichtungen und –maßnahmen für den Adressaten soll durch träger- und anbieterunabhängige Beratungsstellen erfolgen.

## **Wir brauchen eine flächendeckende, trägerunabhängige Weiterbildungsberatung**

Weiterbildung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge braucht ein System von Institutionen, von Professionalität, von Ordnung und Qualität. Wegen der Vielfalt ihrer Angebote und der Pluralität der Träger und Einrichtungen ist die berufliche Weiterbildung für Teilnehmende und Interessenten weitgehend intransparent. Der Weiterbildungsinformation und –beratung kommt deshalb wachsende Bedeutung zu. Sie wendet sich insbesondere an Interessenten und Teilnehmerinnen/Teilnehmer sowie an Betriebe.

Wegen der Bedeutung der Weiterbildungsberatung für ein funktionierendes Weiterbildungssystem sind bundesweit flächendeckend und trägerunabhängig örtliche Beratungsstellen einzurichten.

Träger dieser Beratungsstellen sollen Zusammenschlüsse (z.B. Vereine) der regional ansässigen Weiterbildungseinrichtungen sein. Ihre Arbeit soll in angemessenen Umfang finanziell öffentlich unterstützt werden.

## **Bildungsanalyse, Bildungspass und individueller Bildungsplan**

Persönliche und gesellschaftliche Aufgabe ist es, Bewusstsein und Interesse an der individuellen Entwicklung von „Bildung im Lebenslauf“ herzustellen. Die Bildungsanalyse (das Bildungs-SWOT im Sinne von Stärken, Schwächen, Chancen, Herausforderungen) wird Bestandteil von Bildungsberatung. Zum individuellen Bildungspass als Dokumentation der Zertifikate tritt der individuelle Bildungsplan als Angebot der Bildungschancen und -gelegenheiten.

## **Weiterbildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern: Wir wollen ein Weiterbildungs-BAföG**

Damit die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen bei niemandem an finanziellen Hürden scheitert, benötigen wir eine Neuordnung und Weiterentwicklung staatlicher Weiterbildungsförderung. Dabei wollen wir an die Empfehlungen der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens anknüpfen. Zuallererst geht es darum, jedem Erwachsenen mit niedrigem Einkommen und Vermögen das Nachholen von Schul-, Hochschul- und Berufsbildungsabschlüssen zu ermöglichen. Maßnahmenkosten und Lebensunterhalt sollen dabei über ein „Weiterbildungs-BAföG“, bestehend aus staatlichen Zuschüssen und Darlehen, finanziert werden können, wobei sich Förderhöhe und Eigenfinanzierungsanteil an der Leistungsfähigkeit des Einzelnen und dem angestrebten Abschluss ausrichten. Die Maßnahmenkosten von nachholenden Bildungsgängen bis zum Abschluss der Sekundarstufe II sollen grundsätzlich von staatlicher Seite getragen werden, während bei weiterführenden Maßnahmen der Eigenanteil anwächst. Um Transparenz und Wirksamkeit der Weiterbildungsförderung zu verbessern, streben wir ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Weiterbildungsfinanzierungsgesetz an, unter dessen Dach alle öffentlichen Transferleistungen für erwachsene Lerner zusammengefasst werden.

## **Ein flächendeckendes System der „Schulen der 2. Chance“ aufbauen**

Beschäftigungsfähigkeit ein ganzes Berufsleben hindurch, Bildungsfähigkeit und Bildungsteilhabe als Kernelemente einer erfüllten persönlichen und gesellschaftlichen Lebensführung setzen Weiterbildungsfähigkeit voraus. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Mindestqualifizierung. Das Prinzip der zweiten Chance steht für ein offenes Bildungssystem. Zur Grundsicherung von Bildung gehört das Recht auf Förderung für einen Schul- und einen Berufsabschluss als Basisbildung.

Wir wollen die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bis zum Jahr 2010 halbieren. Da Maßnahmen im schulischen Bereich nur langsam greifen, ist dieses Ziel nur erreichbar, wenn jeder Schulabgänger jederzeit einen Hauptschulabschluss nachholen kann. Wir wollen deshalb ein „Sofortprogramm Zweite Chance“, das die Schulen des Zweiten Bildungsweges sowie die kommunalen Volkshochschulen kurzfristig in die Lage versetzt, ihre Aufnahmekapazität für erwachsene Schulabbrecher dem Bedarf entsprechend auszubauen. Dabei sollen vorhandene Ressourcen und Kapazitäten besser vernetzt, die Betroffenen gezielt beworben, beraten, motiviert und während der Schulabschlusskurse betreut werden, um die Abbruchquoten möglichst gering zu halten.

## **Lernen und Bildung in der dritten Lebensphase als Teil eines neuen Generationenvertrags**

Gesellschaftliche Teilhabe des einzelnen Menschen im Alter und Innovationsfähigkeit der älter werdenden Gesellschaft insgesamt setzen aktives, lustvolles, erfolgreiches Weiterlernen im Alter, Lernfitness und frische Bildung voraus. Das Lernen und Bilden in der dritten Lebensphase muss Teil eines neuen Generationenvertrages für Innovation und Beteiligung werden.

## **Integration von Zugewanderten durch Weiterbildung**

Aus dem globalen Wandel, der Europäisierung und insbesondere aus dem Anspruch der Integration von Migranten erwachsen auch Aufgaben für die Weiterbildung. Interkulturelles Lernen nimmt die Verschiedenheit der Lernwelten auf. Weiterbildung ist Anspruch und Chance auf Integration ohne Brüche und Desintegration, aber mit gesellschaftlicher Weiterentwicklung und kultureller Bereicherung. Die Weiterbildungsangebote der Bildungsträger sind auf kulturelle Integration und interkulturelle Qualifizierung auszurichten. Das Sprachförderungsprogramm für zugewanderte Menschen ist auszuweiten und mit politisch-gesellschaftlicher Bildung eng zu verknüpfen. Hierbei sind insbesondere auch die Menschen anzusprechen, die nicht unmittelbar über ihre berufliche Tätigkeit integriert werden.

## **Verlässliche und aufwachsende Förderung der öffentlichen Mittel für die Alphabetisierung zur Erreichung der Ziele der Weltalphabetisierungsdekade**

Entsprechend dem Ziel der Weltalphabetisierungsdekade wollen wir die Zahl der geschätzten vier Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland bis 2015 halbieren. Da derzeit pro Jahr nur rund 20.000 funktionalen Analphabeten Kursplätze, vornehmlich in den Volkshochschulen zur Verfügung stehen, muss die Zahl der

Angebote deutlich erhöht werden. Dazu ist ein „Sofortprogramm Alphabetisierung“ notwendig. Angesichts der uneinheitlichen Regelungen von Alphabetisierungsmaßnahmen in den Ländern soll eine zentrale Stelle (Agentur, Stiftung) eingerichtet werden, um Alphabetisierungsmaßnahmen zu fördern, innovative Konzepte zu entwickeln und Beratung und Information zur Verfügung zu stellen.